

Neues Deutschland

25.01.2008 / Europa / Seite 7

Seehofer bremst

Von Marita Wiggerthale

Die Autorin ist Referentin bei Oxfam Deutschland und Mitglied der »Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen«.



Marita Wiggerthale

Foto: privat

Europäische Agrarsubventionen stehen im Jahr 2008 ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Hinter den Kulissen ist die Debatte bereits in vollem Gange. Der Vorschlag von Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel, einen Teil der Subventionen umzuverteilen, stößt auf heftigen Widerstand. Die Großempfänger von Agrarsubventionen fürchten um ihre Pfründe. Unterstützung bekommen sie von höchster Stelle. Landwirtschaftsminister Horst Seehofer schwingt sich zum Retter der »Reichen« auf und wehrt jegliche Kürzung bei den Konzernen und rationalisierten Großbetrieben ab. Transparenz scheuen sie. Denn diese würde ans Tageslicht bringen, wer wirklich von den Agrarsubventionen profitiert.

Beispiel Mecklenburg-Vorpommern: Auf Drängen der »Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen« hat das Land erstmals einige Subventionsempfänger offengelegt. Jedoch blieben von den 13 Spitzenempfängern, die 2006 mehr als eine Million Euro je Betrieb an Direktzahlungen erhalten haben, elf geheim. Insgesamt werden die Subventionszahlen von mehr als zwei Dritteln der Top 100 unter Verschluss gehalten. 14 Betriebe haben gar einen Widerspruch gegen die Bekanntgabe eingelegt.

Nach Recherchen der Transparenzinitiative zählen in Mecklenburg-Vorpommern Angehörige großer Konzerne wie des Müll-Unternehmens Rethmann zu den anonymen Spitzenempfängern. Martin Rethmann bewirtschaftet dort rund 7000 Hektar Land. In Brandenburg kassiert der Möbelfabrikant Steinhoff 1,65 Millionen Euro über zwei Agrarbetriebe. In Nordrhein-Westfalen zählen der Stromgigant RWE sowie ein Kälbermäster aus Bocholt mit riesigen Ställen für 24 000 Kälber zu den größten EU-Subventionsempfängern.

Die Bundesregierung sollte jedoch mit den Agrarsubventionen Anreize setzen, um insbesondere im Osten der Republik Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu erhalten oder zu schaffen. Drängende Aufgaben wie der Arten- und Klimaschutz müssen angemessen finanziert werden. Mehr Unterstützung ist auch beim Umwelt- und Tierschutz in der Landwirtschaft notwendig, um die steigende Nachfrage nach Lebensmitteln aus tiergerechter Haltung und Ökolandbau auch von heimischen Bauern bedienen zu können. Es geht also darum, die Mittel umzuverteilen, damit all diesen wichtigen Aufgaben Rechnung getragen werden kann. Dies umso mehr, als die EU 2005 die Gelder in diesem Bereich stark gekürzt hat.

Von den Besitzstandswahrern wird indessen Politik mit der Geheimhaltung gemacht. In Brandenburg liegen dem Landwirtschaftsministerium beispielsweise die Mitarbeiterzahlen der 100 größten Subventionsempfänger vor, werden aber nicht herausgegeben. Eine sachlich fundierte Debatte über die Beschäftigungswirkungen der Agrarsubventionen ist nicht gewollt. In Brandenburg erhalten 20 Prozent der Betriebe 85 Prozent der Direktzahlungen, beschäftigen aber lediglich 50 Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.

Letzten Endes geht es darum, jene Betriebe zu unterstützen, die viele Menschen je Hektar Fläche beschäftigen. Deswegen müssen bei der Umverteilung der Agrarsubventionen die Arbeitsleistung der Betriebe bzw. die tatsächlichen Lohnkosten berücksichtigt werden. Agrarkommissarin Fischer Boel hat hier Entgegenkommen signalisiert. Landwirtschaftsminister Seehofer und seine Kollegen in den Bundesländern sollten jetzt konstruktiv an Lösungsvorschlägen arbeiten. Sonst geht ihnen die öffentliche Akzeptanz für die Unterstützung der Landwirtschaft und den ländlichen Raum verloren.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/122894.html>